

# Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen  
ausser anderen  
tabellarischen Uebersichten  
eine Zusammenstellung  
aller Submissionen,  
Allgemeine Verloosungs-Tabellen  
und Restanten-Listen.

Dieses Blatt erscheint in der Woche  
zwölfmal.  
Abonnements-Preis:  
vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,  
für ganz Preussen, das übrige  
Deutschland und ganz Oester-  
reich 9 M.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

Insertions-Gebühr:  
die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

## Telegraphische Depeschen.

**Braunschweig,** 22. October. (C. T. C.) Die gestern gewählte Deputation des Landtages verlässt heute Nachmittag mit dem Vorsitzenden des Regenschaftsrathes, Staatsminister Grafen Görtz-Wrisberg, Braunschweig, um dem auf Schloss Kamenz in Schlesien weilenden Prinzen Albrecht den Beschluss des Landtages zu überbringen.

**Rom,** 22. October. (C. T. C.) Die „Agenzia Stefani“ bezeichnet die Behauptung der „Morningpost“, dass die Italienische Regierung in Bezug auf die Lösung der Rumelischen Angelegenheit eine von derjenigen der drei Kaiserreiche abweichende Ansicht ausgesprochen habe, als jeden Grundes entbehrend.

**Petersburg,** 22. October. (C. T. C.) Das „Journal de St. Pétersbourg“ sagt: Das Schreiben des Fürsten Alexander an den König von Serbien, in welchem er von der Vereinigung der beiden Bulgarien spricht, als wenn die Declaration der Botschafter und seine eigene Unterwerfung nicht existirten, sind nicht geeignet, die Hoffnung zu stärken, dass der Fürst in die Gesetzmässigkeit des status quo zurücktreten werde. Das Journal bedauert, dass Serbien und Griechenland ihre Forderungen fortsetzen, und führt aus, dass sich hierdurch für Russland mehr als für jede andere Macht die Nothwendigkeit ergebe, brüdermörderischen Kämpfen vorzubeugen. Auf die Beschuldigungen gewisser Zeitungen, dass die Politik Russlands diesem die Sympathien des Russischen Volkes entziehen könnte, erwidert, fragt das Journal, was Russland thun solle? Die Forderungen der Bulgaren anerkennen, und auf die Gefahr eines Europäischen Krieges und auf die Gefahr von Kämpfen zwischen Bulgaren und Serben, und Bulgaren und Griechen? Müsse man, fragt das Journal weiter, die Zulassung der Bulgarischen Union, weil dieselbe in dem Vertrage von San Stefano vorgesehen war, durch die Gewalt der Waffen den Serben und Griechen aufzwingen? Müsse man von Europa verlangen, dass es uns helfe oder mindestens freie Hand lasse, diese Union durchzuführen? Sollen wir, wenn Europa sich weigert, es auf einen Kampf ankommen lassen, weil es dem Fürsten gefallen hat, seine Zeit schlecht zu wählen? Die Bestimmungen der Völker werden sich früher oder später erfüllen, aber die Zukunft gehört dem Klügsten und es war sicherlich nicht klug gethan, die Bulgarische Frage anzuregen, ohne sich irgendwelcher Unterstützung oder Zustimmung, ja sogar irgendwelcher Duldung versichert zu haben. Die ganze Bewegung bleibt ein überlegter und höchst tadelswerther Act wegen der Folgen, die derselbe hat, und nicht den Urheber desselben sei es anzurechnen, wenn Europa und namentlich der Orient jenen Folgen entgeht. Die Mächte sind einzig die Rückkehr zum status quo als das einzige Mittel zur Wiederherstellung der Ruhe auf der Halbinsel anzuerkennen. Die Aufgabe wird nicht leicht sein, denn es stellen sich mancherlei Hindernisse entgegen. Das Einvernehmen der Mächte gestattet jedoch, eine befriedigende Lösung zu erhoffen.

**Konstantinopel,** 22. October. (C. T. C.) Die Pforte hat ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet, worin sie den Zusammentritt einer Konferenz in Konstantinopel beantragt, welche sich ausschliesslich mit der Ostrumelischen Frage befassen soll. — Der hiesige Bulgaren Vertreter theilte gestern den Botschaftern mit, dass der König von Serbien nicht nur den Empfang einer besonderen Mission des Fürsten von Bulgarien abgelehnt, sondern auch Truppen gegen die Bulgarische Grenze habe vorrücken lassen. Der Bulgarische Vertreter wies dem gegenüber auf die Mittheilung des Fürsten an die Mächte hin, sich den Beschlüssen der Mächte unterwerfen zu wollen. Dasselbe Erklärung gab der Bulgarische Vertreter auch bei der Pforte ab. (Siehe auch am Schluss des Blattes.)

## Berlin, den 22. October.

— Die kürzliche Anwesenheit des Fürstlichen Bevollmächtigten in Berlin, Geh. Ober-

regierungs-Rathes Spring, galt nicht der Theilnahme an den Beratungen des Bundesrathes. Wie wir hören, war Herr Spring nur hier anwesend als Ueberbringer einer hohen Ordensdecoration, die dem Herrn Staatssecretär des Innern, Staatsminister von Boetticher, seitens des Fürsten von Lippe verliehen worden.

— Mit der Candidatur des Prinzen Reuss um die Regenschaft in Braunschweig, von welcher vor längerer Zeit so viel die Rede war, ist es, wie sich jetzt herausstellt, überhaupt gar nicht so weit gekommen, als man allgemein geglaubt hat. Die Candidatur ist im Regenschaftsrath aufgetaucht, erwogen, besprochen und wieder aufgegeben worden; bis zu wirklichen Verhandlungen mit dem Prinzen Reuss ist man nach der „Magd. Ztg.“ nicht gelangt, die ganze Sache hat sich wesentlich innerhalb des Regenschaftsrathes abgespielt. Der Regenschaftsübernahme seitens eines Preussischen Prinzen hat man begreiflicher Weise, sobald sie sich als erreichbar erwies, den Vorzug gegeben; ausserdem fiel gegen die Candidatur des Prinzen Reuss der Umstand entscheidend in's Gewicht, dass es zweifelhaft war, ob er ein Prinz „der zum Deutschen Reiche gehörenden souverainen Fürstenthümer“ sei, aus denen nach § 6 des Regenschaftsgesetzes der Regent gewählt werden soll.

— Anlässlich seiner Entlassung aus dem Staatsdienste veröffentlicht Herr v. Madai folgendes Schreiben an die Bürgerschaft Berlins: Nachdem des Kaisers und Königs Majestät durch Allerhöchste Cabinets Ordre vom 19. d. Mts. die wegen meiner geschwächten Gesundheit von mir nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste in Gnade zu ertheilen geruht haben, drängt es mich bei dem Ausscheiden aus meinem Amte der gesamten Bürgerschaft und allen Bewohnern Berlins meinen aufrichtigsten Dank für das Vertrauen und das Wohlwollen auszusprechen, welches mir während meiner 13jährigen Amtsführung entgegengebracht worden ist. Ich scheide aus meiner amtlichen Thätigkeit mit dem Bewusstsein, dass ich wenigstens bestrebt gewesen bin, die Interessen der Hauptstadt und ihrer Bewohner nach Möglichkeit zu fördern, und bitte mir und meinem amtlichen Wirken ein freundliches Andenken bewahren zu wollen. Berlin, den 21. October 1885. von Madai, Wirklicher Geheimer Rath.

— Aus Wien wird der „K. Z.“ gemeldet, England zeige das Betreiben, die Vorschläge der Kaiserliche betreffs Bulgariens im Sinne grosserer Zugeständnisse zu Gunsten der Bulgaren zu beeinflussen. Frankreich und Italien ständen dem Englischen Standpunkte näher. Andererseits geben die kleinen Balkanstaaten das Loosungswort unbedingter Herstellung des früheren Zustandes aus und sträuben sich gegen jegliche Form einer Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens. Diese Gegensätze bereiten ausserordentlich einige Schwierigkeiten, an deren schliessliche Beseitigung man jedoch nicht glaubt. — Die „Times“ schreiben: „Die von den Regierungen Oesterreichs und Russlands vorgeschlagene Basis für eine Konferenz über die Orientalische Frage, welche die Britische Regierung augenscheinlich nicht sofort und bedingungslos annehmen konnte, bleibt noch immer unregelt.“ Wir haben Grund zu der Annahme, dass die Mächte mit grossem Eifer in die Zustimmung Englands dringen, aber die von Lord Salisbury gemachten Vorbehalte sind vom Fürsten Bismarck und dem Grafen Kalnoky rücksichtsvoll aufgenommen worden. Und wenn Lord Salisbury gegen die Wiederherstellung des status quo ante oder irgend etwas dem Aehnlichen protestirt hat, so können die Regierungen Deutschlands und Oesterreichs sich nicht weigern — wenigstens vom Englischen Gesichtspunkte aus — die wesentliche Gerechtigkeit des Protestes anzuerkennen. Es sind indess Gründe vorhanden, zu hoffen, dass binnen wenigen Tagen eine Uebereinkunft erzielt werden dürfte, und dass die Basis der Konferenz nicht allein zur Zufriedenheit Deutschlands, Oesterreichs und Russlands, sondern auch der anderen Mächte, die an der Zukunft der Balkan-Halbinsel interessiert sind, geregelt

werden wird. Da aber auch noch die Regierungen Frankreichs und Italiens ihre endgiltige Zustimmung zu ertheilen haben, so dürfte die formelle Ankündigung, dass die Bevollmächtigten zusammentreten werden, noch einige Zeit verzögert werden. Man nimmt nicht an, dass in Frankreich oder Italien Einwendungen gegen die Konferenz im Princip erhoben werden würden, und es steht zu hoffen, dass deren Vertreter im Einklange mit der Politik Englands gefunden werden, falls Russland entweder direct oder durch die Pforte seine zugestandene Absicht verfolgen sollte, den Fürsten Alexander und die Bevölkerungen der Bulgarischen Provinzen für ihre verfrühte Zuflucht zur Revolution zu züchtigen. — Die allergrösste Gefahr gegen den schliesslichen Frieden im Osten ist die, dass es Russland gelingen könnte, die Pforte anzutreiben, gegen die Bevölkerungen von Ostrumelien und Bulgarien Rechte auszuüben, welche die Racen- und Glaubensleidenenschaften erwecken, und den Fürsten Alexander der Gnade des Volkzornes überliefern dürften. Es ist nicht die Türkei, die durch diesen Zustand der Dinge profitieren würde, auch können wir nicht sehen, welche wesentlicher Vortheil daraus für Oesterreich erwachsen würde. Wenn Serbien ruhig gehalten werden kann, dann ist nicht viel Grund zu der Befürchtung vorhanden, dass Griechenland und Montenegro irgend etwas thun werden, um die Mächte zum Einschreiten zu zwingen; aber die Vertagung des Ehrgeizes Serbiens und Griechenlands würde keine angemessene Entschädigung für die Uebel eines Verfahrens bilden, welches dazu führen müsste, das Bulgarische Volk auf beiden Seiten des Balkans in den Aufruhr der Revolution zu stürzen. — Die „Morning Post“ vernimmt, die Cabinete von Berlin, Wien und St. Petersburg seien übereingekommen, dass eine Konferenz — wahrscheinlich in Konstantinopel — abgehalten werden solle, um Veränderungen zu erwägen, die dem Berliner Vertrage einverleibt werden dürften, und zwar im Hinblick darauf, um das Wiedereintreten von Ereignissen auf der Balkan-Halbinsel abzuwenden, die den Frieden Europas gefährden könnten. Die „Morning Post“ glaubt, dass die projectirte Konferenz in den gestrigen Unterredungen Lord Salisburys mit den Vertretern mehrerer Grossmächte den Gegenstand der Erörterung bildete.

— Aus Scutari in Albanien wird der „Pol. Corresp.“ unter dem 8. d. M. geschrieben: Albanien befindet sich derzeit im Zustande der grössten Anarchie. Seine verworrene Lage ist die Folge der schlechten Verwaltung der Ottomanischen Regierung, welche dadurch einen Vortheil zu erreichen hoffte, wenn sie nach dem Grundsatz „divide et impera“ Zwietracht in Albanien säet, sich aber heute in dieser Voraussicht getäuscht sieht. Die Türkische Regierung hätte am Besten gethan, dem Plane des verstorbenen Ex-Kriegsministers Hussein Husin Pascha zu folgen, welcher ihr den Rath gab, Ober- und Nieder-Albanien unter einer autonomen Regierung zu vereinigen, und sich die Unterstützung derselben gegen die Pläne der benachbarten Fürstenthümer zu sichern, die darauf ausgehen, die Türkei zu zerstückeln. Es ist und bleibt der einzige Wunsch Albanien's, sich geeint und seine Integrität für die Zukunft unter einer weisen Verwaltung gesichert zu wissen. Die Ottomanische Regierung, gewohnt, die Dinge dem Schicksale anheimzustellen, hat eben noch die Fähigkeit, dagegen zu opponieren, dass die Nation diesem ihrem letzten Wunsche Ausdruck gebe. Unter der mohamedanischen Bevölkerung dauert die Discussion darüber fort, wie Albanien in die Lage versetzt werden könnte, irgend einem Angriffe seitens Montenegro oder Serbiens Stand zu halten. In Anbetracht der Ungerechtigkeit jedoch, welche von der Regierung gegen die katholischen Tribus begangen wurde, als diese gegen eine Abtretung ihrer Territorien an Montenegro demonstirten, heisst man geringes Vertrauen in deren Geneigtheit eine Liga zu bilden. Es herrscht darum hier die grösste Angst, dass Albanien demnach das Schicksal anderer Provinzen der Türkei theilen und stückweise unter fremde Herrschaft fallen könnte.